

Zeichen der Zeit : ein Sozialismus-Moratorium der SPS?

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **87 (1993)**

Heft 11

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zeichen der Zeit

Ein Sozialismus-Moratorium der SPS?

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz will sich ein Wirtschaftsprogramm geben, das «radikale Reformen» verspricht.* Was sich soviel Mühe gibt, «radikal» daherzukommen, ist ein 113 Seiten starker Entwurf von dem wenig Motivierendes, Werbendes, gar Sozialistisches ausgeht. Auch wenig «Radikales», sofern damit der Wortsinn des «Wurzelhaften», Ursprünglichen, Grundsätzlichen gemeint sein soll. Das Papier wäre brauchbar, ginge es lediglich um ein Aktionsprogramm für die nächste Legislaturperiode der eidgenössischen Räte. Doch der Anspruch zielt weiter und tiefer. Er umfasst nicht nur die nächsten zwölf Jahre, sondern erklärt darüber hinaus auch das geltende Parteiprogramm in seiner Substanz für überholt. Der Kapitalismus soll zwar noch kritisiert, aber nicht mehr überwunden werden. Der «Bruch mit dem Kapitalismus», Kernpunkt des Programms von Lugano 1982, ist kein Thema mehr. Die Grundwerte als die eigentlichen «Wurzeln» eines ethisch begründeten Sozialismus werden nicht bedacht. Das Papier verdrängt diesen ideologischen Nährboden der Partei und ersetzt ihn durch eine «Betriebsanleitung», die über Technokratisches kaum hinauskommt und die Sozialdemokratie einmal mehr als Reparaturkolonne des Kapitals erscheinen lässt.

Dieser «Bruch mit dem Bruch» ist nicht unwidersprochen geblieben. Die Zeitungen erwähnen eine Auseinandersetzung zwischen «Fundis», die den «Bruch mit dem Kapitalismus» nach wie vor wollen, und «Realos», die nicht an seine Realisierbarkeit glauben (wenn sie ihn überhaupt wollen). Einer Agenturmeldung vom 16. Oktober zufolge sollen sich die «Realos» um den derzeitigen Parteipräsidenten

mit den «Fundis» um den ehemaligen Basler Regierungsrat Remo Gysin darauf geeinigt haben, «dass die Überwindung des Kapitalismus zu Recht im Parteiprogramm von 1982 stehe», aber «dass es zur Realisierung dieses Zieles in den nächsten zwölf Jahren an mehrheitsfähigen politischen Kräften und an einem überzeugenden Konzept fehle» (NZZ, 18.10.93).

Ist, was sich nicht ohne weiteres realisieren lässt, deswegen schon gescheitert? Ist das Sollen abhängig vom Sein, die ethische Forderung angewiesen auf ihre Verwirklichung? Wo die «Basis» in dieser Auseinandersetzung steht, wird ein Parteitag im Juni 1994 zeigen. Dieser soll das endgültige Wirtschaftsprogramm verabschieden. Der Entwurf versteht sich als «Einstieg in diese Diskussion» (S. 2).

Der Kapitalismus ist zerstörerisch...

Das Papier nimmt zur Kenntnis, dass auch in der Schweiz die Arbeitslosigkeit steigt und die Zweidrittelsgesellschaft droht, dass weltweit zwei Drittel der Menschheit in Armut leben und die Belastung der Umwelt in katastrophalem Ausmass zunimmt. Die Analyse kann recht präzise werden. Zur Armut heisst es zum Beispiel: «Zwischen 1970 und 1990 hat sich der Anteil der 20 Prozent Ärmsten am weltweiten Einkommen von 2,3 auf 1,4 Prozent reduziert, während die reichsten 20 Prozent ihren Anteil von 70 auf 82,7 Prozent steigern konnten» (S. 18).

Von *Kapitalismus und Marktradikalismus* erwartet das Papier nichts Gutes: Mit dem Anschluss der ganzen Welt an einen einzigen, totalen Markt drückt der Kampf um Standortvorteile auf Löhne und Sozialleistungen, «verengen sich die Spiel-

räume für die Wirtschaftspolitik der einzelnen Nationalstaaten» und droht erst noch der Wirtschaftskrieg zwischen den grossen drei Blöcken USA, Europa und Japan (S. 16). Auch Unternehmensgewinne schaffen nicht mehr automatisch Arbeitsplätze. Der «nichtwertschöpfende Casino-Kapitalismus», der täglich «rund 1000 Milliarden Franken im Rahmen von Finanztransaktionen» verschiebt, bietet einstweilen lukrativere Anlagen. Das Finanzkapital entkoppelt sich von der Produktion. Sein Zusammenbruch ist deshalb «früher oder später» angesagt (S. 17).

Es gebe einen «*Klassenkampf von oben*», der sich auch in der Schweiz verschärfe, heisst es weiter: Gewinne und Aktienkurse steigen, Löhne sinken, Sozialleistungen werden abgebaut, Gesamtarbeitsverträge ausgehöhlt (S. 19). Was stattfindet, ist «Umverteilung von unten nach oben» (S. 23), ist Sozialabbau, ist Verunsicherung, die sich in zunehmender Fremdenfeindlichkeit niederschlägt (S. 21).

Auch «die *ökologischen Probleme* verschärfen sich». Das Klima gerät aus dem Gleichgewicht, und die Ozonschicht wird zerstört; die Tropenwälder werden abgeholzt und die Weltmeere verschmutzt, das Trinkwasser knapp. Die Umweltzerstörung «verschlimmert sich weltweit dramatisch» (S. 15). Der Markt ist blind, die Kapitalverwertung gnadenlos. Sie allein bestimmen auch die Technologiesprünge in Bereichen wie Roboterisierung und Bioengineering. Die Betroffenen haben nichts zu sagen: «Es gibt absehbar kaum gesellschaftliche Gestaltung und politische Kontrolle von Technik, keine Technologiefolgeabschätzung und keinen gesellschaftlichen Risikodiskurs» (S. 14.)

Fazit: «Der Kapitalismus ist sozial, ökologisch und geographisch blind und zerstörerisch» (S. 25). Also wäre es doch eigentlich naheliegend, die Überwindung des Kapitalismus einzufordern, und dies mit noch mehr moralischer Berechtigung als 1982. Doch das Gegenteil geschieht: Das Papier, das sich so kritisch gibt, will nicht den Kapitalismus überwinden, son-

dern das geltende Parteiprogramm. Zwar sei das vorliegende Wirtschaftskonzept nur «eine konkrete Betriebsanleitung für den Umbau von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in den nächsten zwölf Jahren» und könne daher «keine visionären Ideen und Utopien anbieten» (S. 34). Auf der andern Seite werden diese «visionären Ideen und Utopien» nicht wenigstens einem *Grundsatzprogramm* überlassen, sondern schlicht für obsolet erklärt und abgeschrieben. «Dies muss ein Zeitalter des Pragmatismus und nicht der Theorie sein», zitieren die Verfasser John Kenneth Galbraith und feiern ihn als Vordenker «sozialdemokratischer Positionen» (S. 58). Wenn sie träumen, dann gerade noch von ihrer «Swissmetro» – die sogar «mehr als ein Bubentraum werden könnte» (S. 106).

... aber nicht zu überwinden

Das Papier hält *drei Begründungen* für diesen «Bruch mit dem Bruch» bereit: 1. «Die Linke ist in der Schweiz allein nicht mehrheitsfähig.» 2. «In den nächsten zwölf Jahren steht eine Überwindung des Kapitalismus in den entwickelten Industrieländern nicht auf der Tagesordnung. Es fehlt an den politischen Kräften, die dies wollen, und es fehlt an einem überzeugenden, realistischen Konzept zur Überwindung des Kapitalismus.» 3. «Die Schweiz ist zudem Bestandteil und Drehscheibe einer sich zunehmend international organisierenden Wirtschaft, sie kann sich nicht einseitig linksalternativ ausklinken» (S. 27).

Begründung 1 ist in dieser Argumentationsreihe ohne Bedeutung. Selbst wenn die Linke in der Schweiz mehrheitsfähig wäre, würde sie den Kapitalismus ja nicht überwinden, da sie dies gemäss Begründung 2 gar nicht wollte und mangels Konzept auch gar nicht könnte.

Begründung 2 enthält eine *Prognose bis zum Jahr 2005*. Wie es um die Zuverlässigkeit solcher Prognosen steht, mag das Jahr 1989 in Erinnerung rufen. Wer hätte an diesen plötzlichen Zusammenbruch des «real existierenden Sozialismus» geglaubt? Und es ist doch sehr die Frage, ob

«der Kollaps der Modernisierung» (Robert Kurz) nicht schon sehr bald auch den Kapitalismus einholen wird. Das Problem ist ja nicht, dass der «real existierende Sozialismus» abgewirtschaftet hat, sondern dass der Kapitalismus noch immer wirtschaftet. Die Krankheit beider Systeme ist die gleiche: Sie anerkennen nur Produktivität und Wachstum als «Grundwert» und verdrängen das Wesentliche, auf das es in einer menschlichen Gesellschaft ankäme. Diese Krankheit hat den «Sozialismus» zugrunde gerichtet, während sie im Kapitalismus weiter wuchert.

Das Wirtschaftspapier selbst enthält *Katastrophenszenarien*: Es prognostiziert den Zusammenbruch des Casino-Kapitalismus und sieht darin den «Zeitpunkt, in dem Staaten und Nationalbanken reregulieren müssen» (S. 17). Des weitern beschwört es «ökologische Katastrophen». Was alles zusammenbricht, wenn diese einzelne Länder oder ganze Kontinente heimsuchen, wird im Papier mit «Druck von unten auf die Regierungen» (S. 15) nur unzureichend umschrieben. Wäre es da nicht besser, es gäbe rechtzeitig eine Alternative zum Kapitalismus, als dass es die neuen Faschismen sind, die dieses Thema ideologisch besetzen?

Bleibt Begründung 3, der die Berechtigung am wenigsten abzusprechen ist. Aber sie besagt doch eigentlich nur, dass der Internationalisierung des Kapitals auch die *Internationalisierung der Gegenkräfte* folgen müsste. Das wiederum spricht nicht gegen einen «Bruch mit dem Kapitalismus», sondern für dessen weltweite Relevanz. Wozu gibt es eine Sozialistische Internationale, wozu eine europäische und selbst internationale Gewerkschaftsbewegung? Ist es der schweizerischen Sozialdemokratie verboten, über die eigene Nasenspitze hinaus zu denken?

Was fehlt, ist nicht der Wille der Zweidrittelwelt, ihr Los zu verbessern, was fehlt, ist nicht der Wille des letzten Drittels unserer Gesellschaft, aus Verarmung und Arbeitslosigkeit herauszukommen, was fehlt, ist nicht der Wille der Menschen, sich vor zunehmenden Umweltgefahren zu be-

freien. Was fehlt, ist in der Tat das «überzeugende, realistische Konzept zur Überwindung des Kapitalismus». Und dieses Konzept wiederum fehlt, weil auch der Wille fehlt, in Alternativen zu denken. Ob aus Überzeugung, Resignation oder Opportunismus, kann hier dahingestellt bleiben.

Die verdrängten Grundwerte

Einem Wirtschaftsprogramm, das den demokratischen Sozialismus über Bord werfen will, müsste wenigstens eine Debatte über die verbleibenden Grundwerte der Partei vorausgehen. Das ist hier nicht der Fall. Statt dessen lesen wir: «Unser Wirtschaftsprogramm für die nächsten zwölf Jahre gibt keine Antworten auf die letzten Fragen, noch liefert es ein einheitliches Theoriegebäude oder gar ein feministisches Wirtschaftskonzept» (S. 10). Was soll diese ideenflüchtige Aneinanderreihung von Exkulationen, in denen sich bestenfalls das schlechte Gewissen der verdrängten Alternative ausdrückt! Die «letzten Fragen» zu beantworten, ist ohnehin nicht Sache einer Partei, sondern gehört zu den Grundentscheidungen des Menschen, «über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben» (Godesberger Programm der SPD). Auch den Anspruch auf ein einheitliches Theoriegebäude könnte nur eine totalitäre Partei erheben.

Das «feministische Wirtschaftskonzept» wird wohl nur erwähnt, um nicht zu verraten, wie wenig die Verfasser davon verstehen. Der kurze Abschnitt übers «Patriarchat» (S. 26) zeigt mehr Verlegenheit als Tiefgang des Gedankens oder auch nur bescheidenste Lektüre der einschlägigen Literatur. Ein wirklich feministisches Konzept würde die Kritik am Kapitalismus vor dem Hintergrund der Patriarchatskritik noch vertiefen, die Überwindung des Patriarchats und damit auch des Kapitalismus noch dringlicher erscheinen lassen. Vor allem der Begriff «Arbeit» müsste neu reflektiert, die Rollenteilung nach Erwerbsarbeit und Hausarbeit überwunden, die

herrschende Tauschwertrationalität hinterfragt werden. Da kommt Anbiederung in Worten billiger zu stehen.

Der Kotau vor der *Verfügungsgewalt des Privateigentums* über die Produktionsmittel prägt dieses Wirtschaftsprogramm, das sich wie eine Kapitulationsurkunde des demokratischen Sozialismus liest. Nun bedeutet der sozialistische Grundwert der *Freiheit* gewiss auch Eigentums- und Wirtschaftsfreiheit. Die Frage ist nur, ob es sich um die Freiheit des Kapitals handelt oder um ein verallgemeinerungsfähiges Grundrecht. Wäre dies letztere der Fall, dann müsste der Kapitalismus durch eine umfassende Partizipation aller Arbeitenden an dieser Freiheit, und das heisst: an den wirtschaftlichen Entscheidungen und Erträgen der Betriebe und Unternehmungen, überwunden werden. Auch die sozialistischen Grundwerte der *Gerechtigkeit* und der *Solidarität* sind getragen von diesem Partizipationsprinzip der Teilhabe und der Teilnahme: der Teilhabe an den natürlichen und an den gesellschaftlich erarbeiteten Ressourcen sowie der Teilnahme an den ökonomischen Entscheidungen.

Immerhin: «Die SP tritt für den demokratischen Umbau der Gesellschaft und der Wirtschaft ein...» (S. 10), gar für «eine Demokratisierung aller Bereiche bis in die Betriebe hinein» (S. 35). Wie weit aber soll diese Demokratisierung gehen? «Selbstverwaltung» ist nicht mehr angesagt, sie eigne sich als «Ansatz» ja doch nur für «eher kleine Betriebe» (S. 45). Aber warum sollen die Arbeitenden das Management nicht selber wählen und kontrollieren? Warum bescheidet sich das Papier mit ein bisschen Mitbestimmung, die nicht weiter qualifiziert, schon gar nicht als wenigstens paritätische mit dem Kapital eingefordert wird?

Markt wird dagegen gross geschrieben. «Die SP als wirtschaftsfreundliche Partei will mehr Wettbewerb in der Schweiz» (S. 48). Markt wird auch von Kapitalismus unterschieden – was durchaus sinnvoll ist, es jedenfalls wäre, wenn das Konzept der Idee einer sozialistischen Marktwirtschaft folgen würde. Dem ist nicht so. Zwar «be-

darf der Markt der Korrektur». Aber es werden keine eigentlichen Kriterien einer sozialen, geschweige denn sozialistischen Marktwirtschaft entwickelt und dem neoliberalen Marktradikalismus entgegengesetzt. Statt dessen folgt tätige Reue für die Altvordern, die halt zu wenig von den Segnungen des Marktes verstanden hätten (S. 28). «Solidarität nach rückwärts», mit den Genossinnen und Genossen, die für eine Alternative gekämpft haben, findet in der emotionslosen Sprache dieses Papiers keinen Platz. Dass dafür «die SP als wirtschaftsfreundliche Partei» (S. 30) gelten soll, hinterlässt einen bitteren Nachgeschmack, auch wenn der Begriff scheinbar listig gegen den «herrschenden Sprachgebrauch» gewendet wird.

Gewiss enthält das Wirtschaftsprogramm eine Fülle von Anregungen, die von der Partei aufgenommen und politisch umgesetzt werden sollten. Aber es fehlt immer die erforderliche Zuspitzung, die offenlegt, wie vieles nur Symptomtherapie bleibt, solange nicht die Systemfrage gestellt wird. Die *Bodenfrage* bringt es besonders an den Tag. Die Bodenrente wird zwar als «teures Relikt aus dem Feudalismus» (S. 91) bezeichnet, aber nichts wird vorgeschlagen, was daran etwas ändern würde. Zu Systemfragen schweigt die SP in allen vier Landessprachen.

«Bruch mit dem Sozialismus» statt «Bruch mit dem Kapitalismus»?

Das Wirtschaftspapier hält den Kapitalismus für «zerstörerisch». Wenn es aber zum *Wesen des Kapitalismus* gehört, «zerstörerisch» zu sein, dann ändern auch «radikale Reformen» nichts Wesentliches, dann ist der «Bruch mit dem Kapitalismus» eine ethische Forderung. Ob wir die Alternative zum Kapitalismus weiterhin «Sozialismus» nennen wollen, ist demgegenüber eine zweitrangige Frage. Der Verzicht auf den Begriff muss nicht ein Verzicht auf die Sache sein. Ist es aber faktisch noch stets gewesen.

Dem vorliegenden Programm gelingt es, den demokratischen Sozialismus zu ta-

buisieren, ihn mit keinem Wort auch nur zu erwähnen. Die Sprache verrät sich durch ihr Schweigen, etwa im folgenden Aufruf: «Wir fordern alle – die soziale, ökologische und feministische Veränderungen in der Schweiz wollen – auf, sich an dieser Diskussion zu beteiligen» (S. 2). Diejenigen, die nicht nur soziale, sondern auch «sozialistische» Veränderungen wollen, sind offenbar nicht mehr gefragt. Das Papier vermeidet es wie der Teufel das Weihwasser, von «Sozialismus» zu reden. Eher werden saloppe Redewendung vorgezogen. Für einen demokratischen Sozialismus eintreten bedeutet gerade noch sich «einseitig linksalternativ ausklinken».

Zwölf Jahre, das ist *fast eine Generation*, der die SPS nach innen und nach aussen das Denken in Alternativen abgewöhnen will – wenn es nach dem Willen der Verfasser geht. Nach zwölf Jahren Sozialismus-Moratorium würde von demokratischem Sozialismus und «Bruch mit dem Kapitalismus» bestenfalls noch die Parteigeschichte reden. Mag sein, dass die SPS hofft, auf diese Weise Wahlen zu gewinnen. Ob die Rechnung aufgeht, ist fraglich; nicht weniger fraglich ist, was diese «radikal» gewendete SPS mit gewonnenen Wahlen überhaupt noch anfangen sollte. Wahlen gewinnen ist wichtig, Sozialistinnen und Sozialisten gewinnen, wäre wichtiger.

Als die SPS 1937 erstmals ihren («sozialen») Frieden mit dem Kapital schloss, schrieb *Ragaz* den Genossinnen und Genossen ins Stammbuch: «Wenn man nun aber für unbestimmte Zeit den Sozialismus aufgibt, meint man, den nachher wieder holen zu können? Kann man den wie geräuchertes Fleisch in einer Vorratskammer aufbewahren? Ich fürchte, da er nur als *lebendiges* Wesen einen Sinn hat, man werde ihn, wenn man ihn wieder holen will, tot finden» (NW 1937, S. 341). Sollte die SPS an ihrem nächsten Parteitag den «Bruch mit dem Kapitalismus» gegen einen «Bruch mit dem Sozialismus» eintauschen, dann würde sie sich ihre moralische Existenzgrundlage entziehen. Dann würde es Zeit für eine neue linke Sammelbewegung, wie sie nach den Genfer Grossrats-

wahlen vom vergangenen 17. Oktober sich bereits abzeichnet. *Ragaz* ist einen ähnlichen Weg gegangen, als er schrieb: «Ich glaube nicht mehr an die Sozialdemokratie: ich glaube an den Sozialismus...» (NW 1936, S. 15).

Der Kapitalismus als Gegenmacht zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung kann die Alternative, die bislang demokratischer Sozialismus hiess, aufhalten, vielleicht sogar endgültig zerstören. Aber es ist nicht Sache einer sozialdemokratischen Partei, ihr ideologisches Ende in vorausweisendem Gehorsam gegenüber dem Kapital selber einzuläuten, das *Zerstörungswerk* an den eigenen Idealen suizidal vorwegzunehmen.

Was die Genossen, wenn man ihnen noch so sagen darf, vor allem übersehen: Es geht beim «Bruch mit dem Kapitalismus» nicht nur um eine Frage der Strategie, sondern auch um eine Grundsatzfrage. Die in sich schlechten Strukturen des Kapitalismus müssen immer und überall aufgezeigt, bekämpft und durch menschen- wie sachgerechte Alternativen überwunden werden. Das ist eine *ethische Aufgabe*, von der wir uns nicht dispensieren können, auch nicht vorübergehend, auch nicht für zwölf Jahre. Vor dieser ethischen Aufgabe versagen wir vielleicht alle, vielleicht auch in den nächsten zwölf Jahren und sogar darüber hinaus. Aber diese Aufgabe nur deshalb zu fliehen, weil wir ihr derzeit nicht und vielleicht auch nie ganz gewachsen sind, ist weder ethisch noch sozialistisch vertretbar.

«Was sich überlebt hat, taucht unter» (S. 2), schreibt die verantwortliche Arbeitsgruppe in ihrem Vorwort. Sie meint den Sozialismus, den sie mit keinem Wort erwähnt, nicht den technokratischen Machbarkeitswahn, der Seite um Seite aus diesem Papier spricht.

* Mit radikalen Reformen die Zukunft gestalten. Entwurf eines Wirtschaftsprogrammes der SP-Schweiz für die Jahre 1993 bis 2005, erstellt von einer Arbeitsgruppe zuhanden des Parteivorstandes. Die aufgrund der Diskussion im Parteivorstand überarbeitete – Fassung wird allen Interessierten in Buchform zugestellt. Die Seitenzahlen im Text beziehen sich auf die erste Fassung von Ende August 1993.